

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Zinggl, Freundinnen und Freunde zum Bericht des Kulturausschusses über die Regierungsvorlage 679 d.B.: Bundesgesetz, mit dem das Bundestheaterorganisationsgesetz geändert wird (708 d.B.)

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage 679 d.B. betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundestheaterorganisationsgesetz geändert wird, in der Fassung des Berichts des Kulturausschusses (708 d.B.), wird wie folgt geändert:

1. In Z. 7 entfällt in § 7 Abs. 2 folgender Halbsatz:

„ab dem 1. Jänner 2016 beträgt die jährliche Basisabgeltung 162,936 Millionen Euro.“

Begründung

Das Bundesministerium für Finanzen kritisiert in seiner Stellungnahme (2/SN-130/ME), dass eine in diesem Zusammenhang größere Flexibilität des Mitteleinsatzes wünschenswert und etwa mit der Inanspruchnahme von „Zusatzmitteln“ gemäß § 7 Abs. 2a Bundestheaterorganisationsgesetz zu erreichen wäre. So könnte die Basisabgeltungserhöhung unter sachlichen Gesichtspunkten auf die Absätze 2 (Basisabgeltung) und 2a („Zusatzmittel“) des § 7 verteilt werden, ohne sich der Höhe nach zur Gänze und im Vorhinein im Bundestheaterorganisationsgesetz festzulegen.

Damit würde auch der Kritik des Rechnungshofs (6/SN-130/ME) entsprochen, dass die Gewährung zusätzlicher Mittel in Form der Basisabgeltung an die Erreichung bestimmter Kennzahlen, die Setzung von Rationalisierungsmaßnahmen oder die Erfüllung bestimmter Zielwerte geknüpft wird. Nach Ansicht des RH kann daher weder die Angemessenheit der Erhöhung der Basisabgeltung überprüft werden, noch ein wirtschaftlicher Mitteleinsatz sichergestellt werden.

Wird die Basisabgeltung der Bundestheater wie vorgesehen um 14 Millionen Euro erhöht und kriterienlos im Bundestheaterorganisationsgesetz fixiert, gibt es angesichts der budgetären Situation des Bundes keinen Spielraum für alle anderen Kultureinrichtungen.



Zi

